



Wissens- und Ideentransfer für
Innovation in der Verwaltung



Deutsche Universität für
Verwaltungswissenschaften
Speyer

Projekttreffen IKZ- Modellprojekt Vorderpfalz

Hauptausschuss der Stadt Frankenthal (Pfalz)

Prof. Dr. Gisela Färber

Karin Glashauser M.A.

Christina Prautsch B.A.

Rahmenbedingungen

- Dauer: 2 Jahre - Von Juli 2021 bis Ende Mai 2023
- Einbindung in IKONE DS – Interkommunales Netzwerk Digitale Stadt
- Regelmäßige Treffen mit der politischen Führung der kommunalen Partner
- Regelmäßige Arbeitstreffen

Hintergrund

- Kommunale Verwaltungsreform in Verbindung mit dem Online-Zugangsgesetz
- Alternative zu Gebietsreformen im IKZ-Bereich: Bischoff-Gutachten
- Verzahnung von Digitalisierung und IKZ: Bei Digitalisierung von Leistungen sind Kooperationen möglich, die u.a. auch aufgrund der gewonnenen Ortsunabhängigkeit möglich werden



Wissens- und Ideentransfer für
Innovation in der Verwaltung

 Deutsche Universität für
Verwaltungswissenschaften
Speyer

Ziele des Projekts

- Zusammenarbeit im Bereich der Massen(vollzugs)verfahren wie Elterngeld, Wohngeld, Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung und der Kfz-Zulassung
- Voraussetzung: Applikation für Front- und Back-Office
- Prüfung der Bündelung von Prozessen im **Back-End** für den Vollzug von „Massenverfahren“ – Prozess- und Organisationsveränderungen im Zuge der Digitalisierung
- Skaleneffekte? – Prüfung und gemeinsames „Überlegen“, wo Effizienzrenditen gehoben werden können
- Umsetzung der „Bündelung“? - Wie kann diese aussehen? Welche Governance?
- Grundidee: Aufgabenverantwortung bleibt, operative Prozesse werden gebündelt



Wissens- und Ideentransfer für
Innovation in der Verwaltung

 Deutsche Universität für
Verwaltungswissenschaften
Speyer

Konkrete Arbeitsschritte – Zeitplan

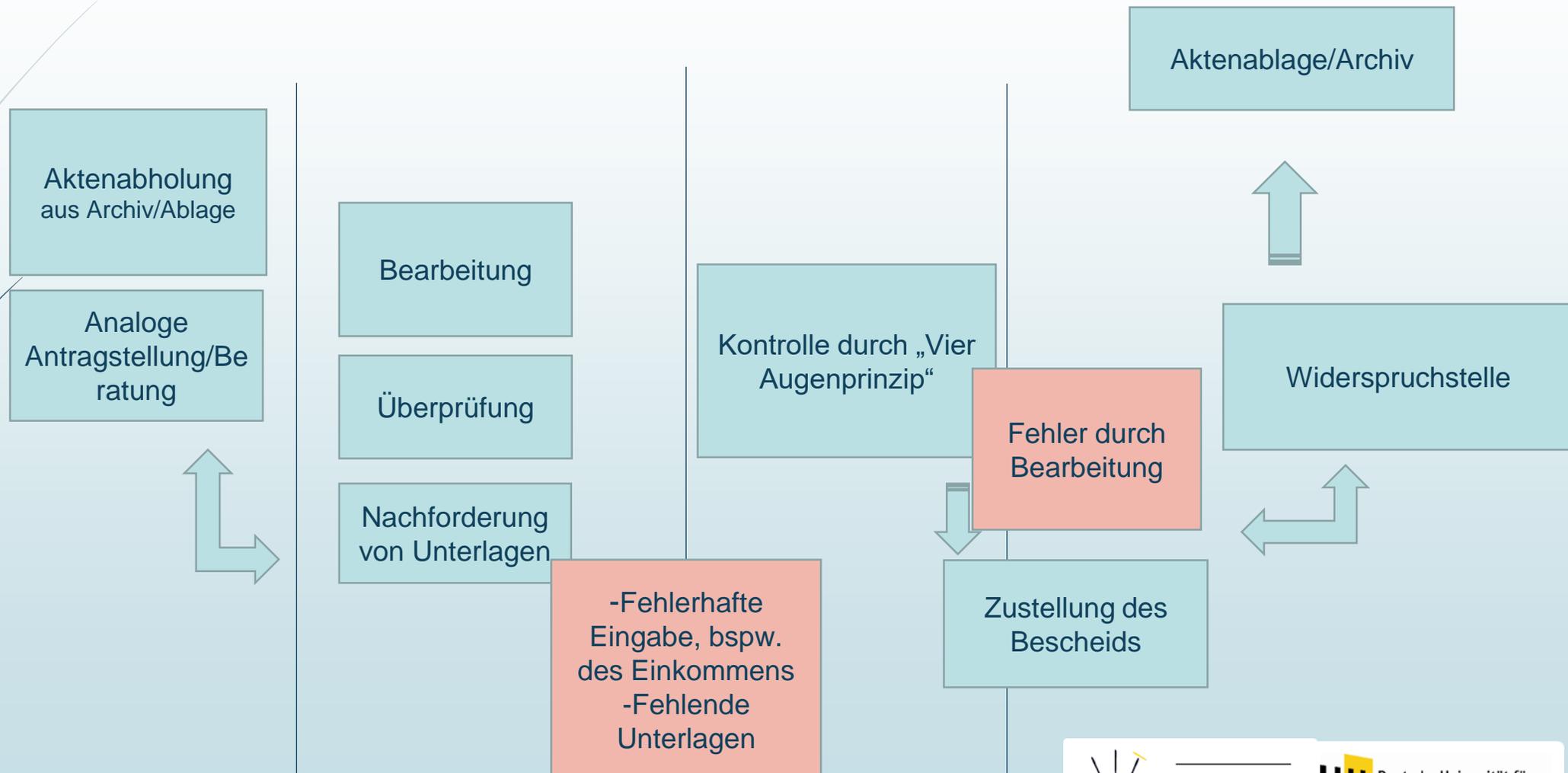
1. Arbeitsprozesse der analogen und der zu digitalisierenden Anwendungen analysieren und Organisationsplan auf der Basis aktueller Fallzahlen erarbeiten (3. Quartal 2021)
 2. Zuordnung abgrenzbarer Teilprozesse zu zentral(isierte)en und dezentralen Arbeitseinheiten (z.B. „Kooperationseinheit“ vs. Bürgerbüro), ggf. „vertikale Aufschneidung“ eines Antragsverfahrens (4. Quartal 2021)
 3. Konkrete organisatorische Umsetzung und mögliche Rechtsformen prüfen (4. Quartal 2021/ 1.Quartal 2022)
- Übergangsphase beachten: Anfangs geringer Anteil digitaler Anträge und unvollständige Once-Only Prozesse



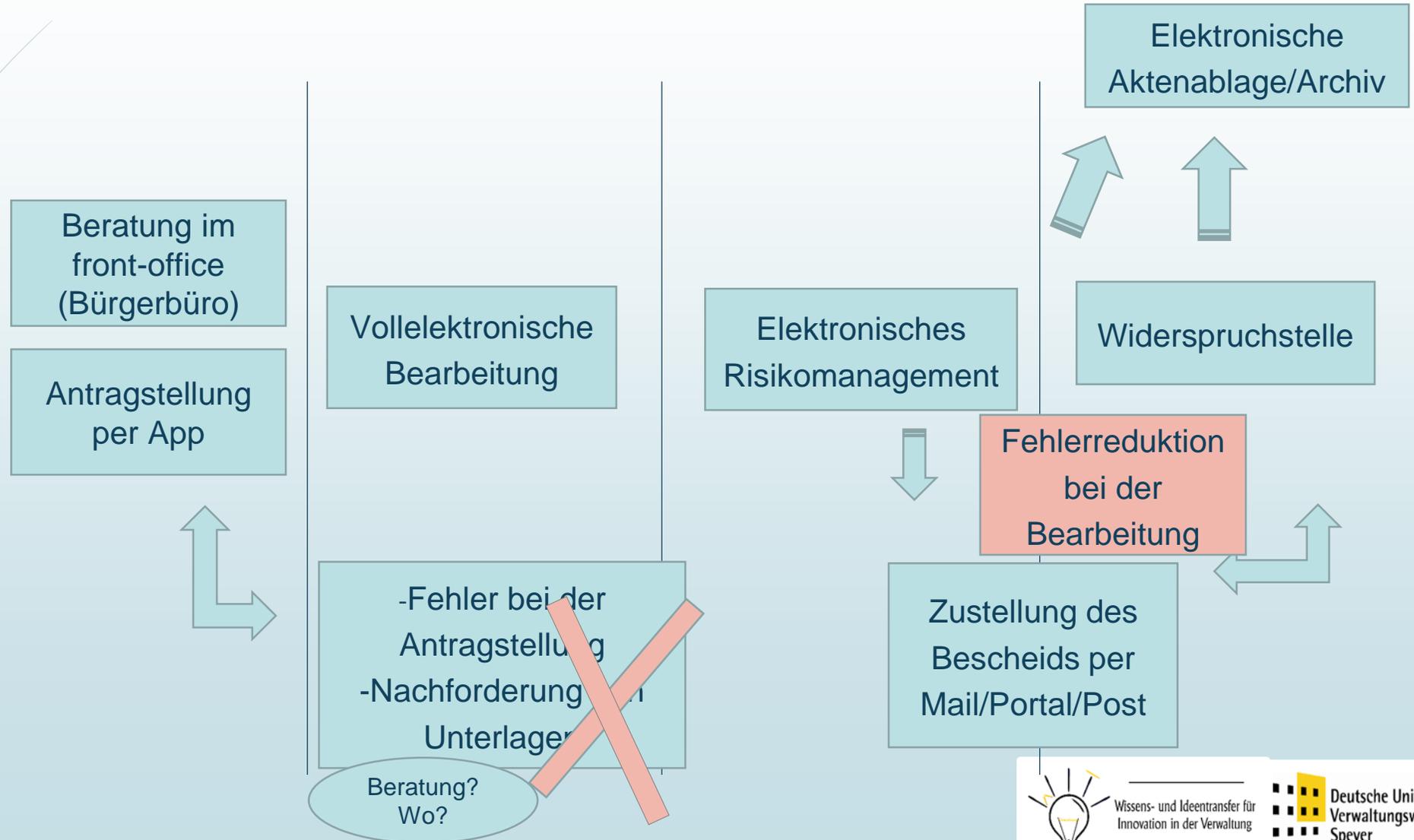
Wissens- und Ideentransfer für
Innovation in der Verwaltung

Deutsche Universität für
Verwaltungswissenschaften
Speyer

Analoge Antragstellung, Bsp. Elterngeld



Digitale Antragstellung, Bsp. Elterngeld

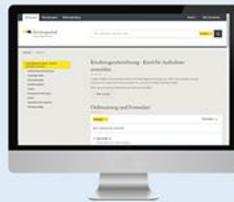


Reifegradmodell

Das Reifegradmodell



Keine Informationen online verfügbar



Die Leistungsbeschreibung ist online verfügbar und das PDF steht als Download zum Ausdruck zur Verfügung



Eine Online-Beantragung ist grundsätzlich möglich. Nachweise können regelmäßig noch nicht online übermittelt werden



Die Online-Leistung kann einschließlich aller Nachweise vollständig digital abgewickelt werden. Der Bescheid wird digital zugestellt



Die Once-Only-Beantragung ist online möglich, bei der Daten und Nachweise aus Registern der Verwaltung abgerufen werden können (statt durch Nutzerinnen und Nutzer eingereicht)

Quelle: BMI



Wissens- und Ideentransfer für
Innovation in der Verwaltung

Deutsche Universität für
Verwaltungswissenschaften
Speyer

Erste Ergebnisse zum Elterngeld

- Prozessvergleich zeigt schon in jetziger Anfangsphase ein hohes Einsparungspotential durch Digitalisierung
- Voraussetzung: Umsetzung Once Only und Schnittstellen
- Schon jetzt: Online ausgefüllte Anträge (ElterngeldDigital, das über reine pdf-Antrag hinausgeht) haben deutlich geringere Fehlerquote
 - von 75-80% Fehlerquote zu 5%
- Aufwändige und komplexe Sonderfälle: Bsp. Elterngeld für Eltern im Ausland
- Keine Vor-Ort Beratung mehr bedingt durch Corona-Pandemie
- Telefonische Servicezeiten völlig ausreichend



Wissens- und Ideentransfer für
Innovation in der Verwaltung



Deutsche Universität für
Verwaltungswissenschaften
Speyer

Erste Ergebnisse zum Elterngeld

- ▶ Anzahl der Elterngeldanträge:
 - ▶ RPK: ca. 2.100 – Zahl der Widersprüche: ca. 10 - 15
 - ▶ FT/SP: ca. 500-600 – Zahl der Widersprüche: ca. 5-15
- ▶ Bearbeitungszeit: durchschnittlich: 30/39 Tage → Zurückzuführen auf fehlende Nachweise – Aufwändig da Wiedervorlage
- ▶ 75-80% der Anträge unvollständig und fehlerhaft
- ▶ Zeitaufwändigste Prozesse: Fachliche Beratung und Vollständigkeitsprüfung/Einkommensermittlung
- ▶ Verschiedene Gruppen von Antragsteller*innen erfordern unterschiedlichen Zeitaufwand – das „zieht sich durch den gesamten Antragsbearbeitungsprozess“ (siehe nächste Folie + Rückforderungen)



Wissens- und Ideentransfer für
Innovation in der Verwaltung

 Deutsche Universität für
Verwaltungswissenschaften
Speyer

Erste Ergebnisse zum Elterngeld

Unterschiede zwischen Antragsgruppen:

Personen OHNE Einkommen vor der Geburt

- Fachliche Beratung: ca. 5 Min
- Vollständigkeitsprüfung/Einkommensermittlung: 10 Min
- Bescheid auf Richtigkeit und Vollständigkeit prüfen: ca. 5 Min

Personen MIT Einkommen vor der Geburt

- Fachliche Beratung: ca. 20 Min
- Vollständigkeitsprüfung/Einkommensermittlung: 30 Min
- Bescheid auf Richtigkeit und Vollständigkeit prüfen: ca. 15 Min

Personen MIT Einkommen vor & nach der Geburt, Sonderfälle, Selbstständige

- Fachliche Beratung: ca. 45 Min
- Vollständigkeitsprüfung/Einkommensermittlung: 45 Min
- Bescheid auf Richtigkeit und Vollständigkeit prüfen: ca. 25 Min



Erste Ergebnisse

- Digitaler Prozess – Austausch mit Bremen für das Elterngeld
- Nicht nur für Bürger*innen, sondern auch für die Verwaltung wird es deutlich einfacher
- ELFE – Einfach Leistungen für Eltern (Geburtsurkunde, Elterngeld, Kindergeld) gilt als Vorzeigeprojekt – Qualität der digitalen Umsetzung bei anderen Leistungen?
- ELFE unterliegt nicht EfA-Prinzip („Einer für Alle“) und ist daher kostenpflichtig
- Wohngeld und Grundsicherung unterliegen dem EfA-Prinzip – SH und NW zuständige Länder → digitaler Wohngeldantrag wird bereits pilotiert, allerdings „nur“ für Bürger*innen
- KfZ-Zulassung als „Ausnahmefall“ – Bund hat Pläne für Zentralisierung in Flensburg
- Fachverfahren müssen über E-Akte „angeschlossen“ werden



Wissens- und Ideentransfer für
Innovation in der Verwaltung

 Deutsche Universität für
Verwaltungswissenschaften
Speyer

Möglichkeiten der IKZ

- IKZ-Antragspeicherung; Koordinierung von Serverleistungen
- IKZ-Archivierung der elektronischen Akten
- IKZ-Zugriff auf die Akten – wenngleich eine Kennzeichnung der Gebietskörperschaft notwendig wäre – damit können Spezialisierungsvorteile im Falle von Sonderfällen ausgenutzt werden
- Digitale Annahme von Anträgen
- Digitale Bescheiderstellung und –Versand



Wissens- und Ideentransfer für
Innovation in der Verwaltung

 Deutsche Universität für
Verwaltungswissenschaften
Speyer

Zeitplan des Projekts

Ratsvorlagen bzw.
Vertragsrahmen

Jahr	2021				2022				2023
Quartal	II	III	IV	I	II	III	IV	I	
Arbeitsschritte									
Definition und Prüfung der Kooperationsmöglichkeiten bei den ausgewählten Massenverfahren		→							
Prozessanalysen der digitalisierten Antragsverfahren und Erarbeitung eines konkreten Organisationskonzepts				→					
Prüfung der Umsatzsteuerpflicht				→					
Abschätzung Einsparpotentiale und Erarbeitung der Finanzierungsinstrumente				→					
Prüfung der konkreten organisatorischen Umsetzung				→					
Präsentation und Verschriftlichung der ersten Ergebnisse zur Umsetzbarkeit der Kooperationen					→				
Implementierung									
Prüfung der Übertragungsmöglichkeiten auf andere kommunale Kooperationen in RP									
Handlungsempfehlungen für Kommunen und Land zur konkreten Umsetzung von kommunalen Kooperationen bei Massen(vollzugs)verfahren (wissenschaftliche Auswertung und Generalisierung)									
Flankierende Maßnahmen:									
Projektmanagement, Koordination, regelmäßige Berichterstattung an das IKONE-DS RP									
Wissensdissemination									
Meilensteine									



Voraussetzungen für eine IKZ und weiteres Vorgehen

- **Einführung der E-Akte und eines elektronischen Datenmanagementsystems als zwingende Voraussetzung für digitale IKZ**
- Elterngeld und Kfz-Zulassung weiterverfolgen, evtl. Bafög und Führerscheinstelle miteinbeziehen
- Konkrete Finanzierungsmöglichkeiten der IKZ entwickeln (evtl. auf Fallzahlenbasis?).
- Personalkonzept entwickeln (vor dem Hintergrund „geräumter“ Arbeitsmärkte in der wirtschaftlich starken Region).
- Rahmensetzung durch Einrichtung einer Anstalt des öffentlichen Rechts, die gemeinsamen e-Vollzug aufnimmt.



Wissens- und Ideentransfer für
Innovation in der Verwaltung



Deutsche Universität für
Verwaltungswissenschaften
Speyer